

Die Zukunft des Kulturbesitzes

Ende der kolonialen Amnesie: Der französische Präsident Macron fordert, das künstlerische Erbe Afrikas zu restituieren. Das muss Folgen haben, auch für das Humboldtforum. *Von Bénédicte Savoy*

Man sagt, die Jugend sei die Zeit des Mutes. Innerhalb von zwei Minuten und dreißig Sekunden wischte Emmanuel Macron mit einem Streich mehrere Jahrzehnte der offiziellen französischen Praxis und des Diskurses in Fragen des kolonialen Erbes und der Museen bei. Er tat es, wie er selbst sagte, an einem Ort, „an dem man nicht mogeln kann“: im überfüllten Auditorium maximum einer afrikanischen Universität, vor mehreren hundert Studentinnen und Studenten, unter den Augen des Staatspräsidenten von Burkina Faso und den Kameran von France 24. Er tat es im Namen der Jugend, seiner Jugend: „Ich gehöre zu einer Generation von Franzosen, für die die Verbrechen der europäischen Kolonialisierung unbestreitbar und Teil unserer Geschichte sind.“ – „Ich möchte, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre die Voraussetzungen für zeitweilige oder endgültige Restitutions des afrikanischen Erbes an Afrika geschaffen werden.“ Applaus und Pfiffe. Auf Twitter legt der Elysée-Palast nach: „Das afrikanische Erbe darf kein Gefangen europäischer Museen sein.“

Eine Revolution. Voller Verblüffung registriert die westliche Presse dieses tektonische Beben. Innerhalb wie außerhalb Afrikas sehen jene, die seit langem schon für die Rückgabe des verlorenen Erbes kämpfen, ein neues Zeitalter anbrechen: „Die Post-Ouagadougou-Zeit hat begonnen“, schreibt Kwame Opoku. In Berlin löst Emmanuel Macrons Rede einen heftigen Streit über die koloniale Amnesie aus, von der die Gestalter des zukünftigen Humboldtforums befallen zu sein scheinen, das von 2019 an die ethnologischen Sammlungen des einstigen preußischen Staates aufnehmen soll. In einem offenen Brief an Angela Merkel fordern vierzig in der Arbeit für Afrika engagierte Organisationen die Bundeskanzlerin auf, „sich zur historischen Initiative des französischen Präsidenten zu positionieren“.

Die Rede von Ouagadougou betrifft zwar zunächst einmal Paris und seine prestigeträchtigen Sammlungen afrikanischer Kunst, hat aber auch Auswirkungen auf ganz Europa und die kolonialen oder aus Missionstätigkeit stammenden Bestände der dortigen ethnologischen Museen. Vom British Museum (mehr als 200 000 afrikanische Objekte) bis zum Weltmuseum Wien (37 000), vom Musée royal de l'Afrique centrale in Belgien (180 000) bis zum zukünftigen Humboldtforum in Berlin (75 000), von den Vatikanischen Museen bis zum Musée du Quai Branly (70 000) – die Geschichte der Afrikasammlungen ist eine gemeinsame europäische Geschichte, eine Familienangelegenheit, wenn man so will, in der ästhetische Neugier, wissenschaftliches Interesse, militärische Expeditionen, Handelsnetze und „Gelegenheiten“ jeglicher Art dazu beigetragen haben, Logiken der Herrschaft, der Selbstbestätigung und der nationalen Rivalität zu nähren. Die Museen in unseren Hauptstädten sind leuchtende Konservatorien der menschlichen Schöpferkraft. Sie sind zugleich durchaus unfreiwillig auch Verwahrer einer dunkleren und bislang allzu selten erzählten Geschichte.

In Frankreich wie auch anderswo in Europa löst allein schon das Wort „Restitution“ einen Abschottungs- und Abwehrreflex aus. Diesen Reflex führte François Mitterand 1994 vor, als er Helmut Kohl für die Rückgabe von 27 französischen Gemälden dankte, die während des Kriegs von den Nationalsozialisten geraubt worden waren. Er erklärte: „Die Kuratoren in unserem Land, die für unsere großen Museen Verantwortlichen, dürften heute Abend eine gewisse Unruhe empfinden. Und wenn das zur Regel würde? Ich riskiere nicht zu viel, wenn ich denke, dass dieses Beispiel eine große Ausnahme bleiben und die Anstreckung rasch zum Stillstand kommen wird.“

Restitution und Anstreckung, politische Vorsicht und Angst der Museen: wir gehören zu einer Generation, die nur schmerzhaft oder in zähen Kämpfen erstrittene Restitutions kennt. Niemand in Frankreich hat den Grabenkrieg vergessen, der 2010 von den Konservatoren der Bibliothèque Nationale de France geführt wurde, als Nicolas Sarkozy sich am Rande von Wirtschaftsverhandlungen dafür einsetzte, dass nahezu dreihundert kostbare Handschriften an Südkorea zurückgegeben wurden, die 1866 während einer französischen Strafexpedition erbeutet worden waren. In Italien vergisst niemand die Verhandlungen, die sich über ein halbes Jahrhundert hinzogen, bevor man den Obelisken von Axum an Äthiopien zurückgab, den Mussolini 1937 geraubt hatte. Und in Berlin möchte niemand eines Tages das riesige fossile Skelett des größten Dinosauriers der Welt, des Brachiosaurus Brancai, an Tansania zurückgeben, das man 1912 aus dem damaligen deutschen Protektorat nach Berlin holte.

Kann man sich unter diesen Umständen überhaupt glückliche und einvernehm-

liche Restitutions vorstellen, die im Interesse der Völker wie auch der Objekte erfolgten? Kann man sich Restitutions vorstellen, die nicht rein strategisch, politisch oder wirtschaftlich, sondern wirklich kulturell motiviert wären – kulturell im ursprünglichen Sinne des lateinischen Verbs *colere*, das „pflegen“, „bebauen“ und „ehren“ bedeutet? Die in Ouagadougou gemachte Ankündigung scheint zu sagen: ja. Sie bezieht ihre Kraft aus einem Generationenwechsel. Sie sagt, dass es möglich sei zu teilen. Und dass Afrika ein Sonderfall sei. Und gegen alle Erwartungen führt sie nicht zu den institutionellen Abwehrreaktionen, an die uns die Diskussionen der vergangenen Jahre gewöhnt hatten. Im Gegenteil: Von den Medien zu einer Reaktion auf Emmanuel Macrons Erklärung aufgefordert, stimmte der Direktor des Musée du Quai Branly, Stéphane Martin, dem uneingeschränkt zu und betonte, es könne nicht sein, „dass ein Kontinent derart der Zeugnisse seiner Vergangenheit und seines plastischen Genies beraubt“ sei. Und: „Am Ende ist es einigen dieser Objekte vorbestimmt, nach Afrika zurückzukehren.“ Eine zweite Überraschung, diesmal auf institutioneller Ebene.

Was nun? Zuerst einmal und vor allem anderen gilt es, unverzüglich und ohne falsche Vorspiegelungen afrikanische Persönlichkeiten an den Diskussionen zu beteiligen, die sich jetzt in Frankreich entwickeln werden: Stimmen von Aktivisten, Intellektuellen, politisch Verantwortlichen und Vertretern der Museen; von Afrikanern aus Afrika und solchen aus der Diaspora; von solchen, die eine Rückgabe wollen, und solchen, die sie nicht wollen; von Kunstförderern, Lehrenden, Künstlern. Man setzt sich an einen Tisch, hier oder anderswo. Man hört einander zu. Und man achtet sorgfältig darauf, dass man sich nicht in den Zuständigkeitsbereich der anderen einmischt.

Als Frankreich nach Waterloo 1815 die während der Revolution und des Kaiserreichs nach Paris geholten Werke den europäischen Ländern zurückerstattete, erklärte man dem Papst und den Herrschern Deutschlands, Österreichs, Spaniens und anderer Länder nicht, wie sie in Zukunft mit ihren Sammlungen umgehen und sie bewahren sollten. In diesen Ländern bedurfte es oft vieler Jahrzehnte und zahlreicher strittiger Debatten, bis „moderne“ Methoden der Bewahrung des Erbes und des Aufbaus einer geeigneten Infrastruktur aufkamen. In Berlin etwa wurden die nach 1815 von Frankreich zurückgegebenen Werke erst 1830 in einem öffentlichen Museum ausgestellt. Und 1945 sagten die Amerikaner den Franzosen nicht, wie sie die von ihnen in Nazideutschland sichergestellten Werke behandeln sollten. Der französische Staat zögerte nicht, nach der Rückgabe mehrere tausend dieser Werke auf Auktionen zu versteigern. Man muss denken, die solche Werke zurückerhalten, auch den Umgang mit ihnen überlassen und ihnen die nötige Zeit geben, Lösungen zu finden, die ihren Bedürfnissen entsprechen.

Vor allem aber dürfen wir träumen; bislang unbekannt juristische Konstruktionen erfinden; neue Formen von Partnerschaften wie die seit zehn Jahren von der Fondation Zinsou in Benin geübte Praxis erproben; flexible, an die Realitäten eines riesigen Kontinents angepasste Modelle erfinden, eines Kontinents, in dem Dakar und Pretoria weiter voneinander entfernt liegen als Paris und Peking und das Durchschnittsalter der Bevölkerung bei 21 Jahren liegt (gegenüber 40 in Europa).

Wir müssen groß und klein denken, auf lange und auf kurze Sicht. Wir müssen natürlich an jene denken, die Kunstwerke erhalten, dürfen aber auch jene nicht vernachlässigen, die sich in Frankreich und anderswo im Stolz auf ihren Kulturbesitz oder in ihrer kulturellen Identität verletzt fühlen. Man wird sich Zeit nehmen müssen, unserer heimischen Öffentlichkeit zu erklären, was man tut und warum man es tut. Schließlich wird man den Museumsbesuchern erzählen müssen, wie diese Sammlungen zustande kamen; auf welche Weise, wann und zu welchem Preis diese Werke zu uns gelangten. Und gewiss wird man einige museographische „Selbstverständlichkeiten“ und „Tabus“ in Frage stellen müssen. Und wenn es so geschehen soll, dann soll es auch mit Freude geschehen, einer verantwortungsvollen, klugen und überlegten Freude, die diesem großen Projekt des 21. Jahrhunderts eine Seele verleiht. „Ich möchte, dass innerhalb der nächsten fünf Jahre die Voraussetzungen für zeitweilige oder endgültige Restitutions des afrikanischen Erbes an Afrika geschaffen werden.“ Die Wette gilt.

Aus dem Französischen von **Michael Bischoff**.

Bénédicte Savoy ist Professorin am Collège de France, Inhaberin des dortigen internationalen Lehrstuhls „Histoire des patrimoines artistiques en Europe, XVII^e-XX^e siècle“ und Professorin an der Technischen Universität Berlin. Ihr Text erscheint parallel in der heutigen Ausgabe von „Le Monde“.

Feuilleton



Sie will Amerika den Weg weisen, doch das könnte das Land teuer zu stehen kommen: Oprah Winfrey

Foto AP

Amerikas nächste Erlöserin

Yes, she can: Warum wird Oprah Winfrey als zukünftige Präsidentin gehandelt?

Am Ende verkündet sie ihrer zu Ovationen im Stehen hingerissenen Gemeinde, dass bald ein neuer Tag anbrechen werde, und es klingt wie die Verheißung eines neuen Himmels und einer neuen Erde. Denn wenn dieser Tag endlich heraufzieht, in dessen erstes Morgenrot uns „eine Menge großartiger Frauen“ und nur „einige ziemlich phänomenale Männer“ geführt hätten, dann müste nie wieder jemand bekennen: „Me too“.

Welch ein Kulminationspunkt einer Golden-Globe-Rede, mit der die amerikanische Talkshow-Legende Oprah Winfrey, die erste schwarze Multimilliardärin des Landes, Film- und Fernsehproduzentin, Sender-Besitzerin, Schauspielerin, Verlegerin mit eigenem Personality-Magazin, Autorin, Schulförderin, Franchise-Unternehmerin und selbsternannte Philanthropin mit spiritueller Mission, sich vordergründig dafür bedankte, dass sie – wieder einmal als erste Schwarze – die Auszeichnung für ihr Lebenswerk entgegennehmen durfte. Tatsächlich brachte Winfrey sich als potentielle Bewerberin für den kommenden Wahlkampf um das amerikanische Präsidentenamt ins Spiel. Und das, obwohl die Dreißigjährige, die Hillary Clinton und Barack Obama unterstützt hatte, noch wenige Wochen zuvor ihrer besten Freundin Gayle King in der von dieser moderierten CBS-Show „This Morning“ sagte: Nein, sie strebe kein politisches Amt an. Winfrey spricht auch jetzt nicht von einer Kandidatur.

Ihre Rede bei den Golden Globes wurde als das Gegenteil verstanden. Kein einziges Mal fiel der Name Harvey Weinstein, stattdessen schloss Winfrey auf geschickte Weise die vom Skandal um den Hollywoodproduzenten losgetretene „Me too“-Kampagne, die sich gegen sexuelle Übergriffe vor allem mächtiger Männer auf weniger mächtige Frauen wendet, mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung kurz. Sie selbst zeichnete Winfrey als Freundin der freien Presse, als Verfechterin der „absoluten Wahrheit“ und als lebenslange Advokatin eines gleichermaßen feministischen wie antirassistischen „We will overcome“-Projekts, dessen Zeit nun gekommen sei.

Dass ausgerechnet Oprah Winfrey, die „Beichtmutter der Nation“, in deren Talkshows jahrzehntlang Prominente zu teils tränenreichem Seelenstrip-tease erschienen, nichts von den Übergriffen im Show-

business gewusst haben will, kann einen nur verblüffen. Doch solche Gedanken ließ sie nicht aufkommen: „Time's Up“, sagt sie immer wieder und spannt den Bogen von ihrer frühen Kindheit in ärmlchen Verhältnissen im noch rassengereinigten Mississippi bis in die Gegenwart. Damit könnte sie den hashtag-tauglichen Slogan für ihre mögliche Kampagne gefunden haben – das Gegenprogramm zu „Fire and Fury“ gewissermaßen. 48 Prozent der wahlberechtigten Amerikaner, so ermittelte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Rasmussen Reports, würden jetzt für Oprah Winfrey stimmen. Nur 38 Prozent für Donald Trump.

Nach einem Jahr mit Trump scheint Amerika reif für eine Erlöserin. Winfrey ist in fast allem das Gegenteil des amtierenden Präsidenten, der für seine Gegner den Archetypus des zu überwindenden alten weißen Mannes darstellt, einen Atravismus der Geschichte. Sie ist eine Frau, sie ist schwarz, wurde als uneheliche Tochter einer minderjährigen Putzfrau geboren und als Kind missbraucht. Als Jugendliche brachte sie ein Kind zur Welt, das kurz nach der Geburt starb.

Oprah Winfrey ist keine Erbin, sie verwirklichte den amerikanischen Traum. Noch auf der Highschool wurde sie als Sprecherin fürs Radio entdeckt. Sie studierte und ging als Fernsehreporterin nach Baltimore. Aber es erschien ihr falsch, Menschen zu befragen, ohne selbst Anteilnahme an deren Schicksal zeigen zu dürfen. Erst in Chicago bei WLS-TV gelang ihr der Aufstieg in eine eigene Liga. Ein Vierteljahrhundert lief „The Oprah Winfrey Show“ oder später einfach „Oprah“. Die Sendung machte die Frau, die nie heiratete, aber schon lange mit dem Unternehmer Stedman Graham liiert ist, zur Weltmarke und Medienmogulin.

Warum? Das ist für die Talkshow-Königin eine Glaubensfrage, die spätestens seit ihrem werbewirksamen Einsatz für das Selbsthilfebuch und den Film „The Secret“ der Australierin Rhonda Byrne vor zehn Jahren kein Geheimnis mehr ist. Sie habe schon immer nach den kosmischen Gesetzen gelebt, die „The Secret“ offenbare, bekannte Winfrey bei ihrem Kollegen Larry King über die pseudowissenschaftliche Publikation, die das „Gesetz der Anziehung“ propagiert. Winfrey fasste auf ihrer Website zusammen: „Die Energie, die du in die Welt schickst, egal, ob gute

oder schlechte, ist exakt, was zu dir zurückkehrt. Du kannst die Umstände deines Lebens selbst schaffen.“ Heute sagt sie sogar, ein Vielfaches komme zurück, wenn man erst visualisiere, dann loslasse. So habe sie ihre Rolle im Film „Die Farbe Lila“ bekommen, die für sie den eigentlichen Startpunkt ihrer Karriere markiert. Das Gesetz der Anziehung im Verbund mit der „Macht der Intention“ sei „die Goldene Regel auf Steroiden“, ultimatives Werkzeug der Selbstermächtigung, wie sie immer wieder in Talks mit Heilspropheten aus New-Age-Zirkeln wie Gary Zukav, Louise Hay, Wayne W. Dyer oder Eckhart Tolle darlegte.

Im Umkehrschluss müsste das heißen, dass alle, die unter Krankheiten oder anderen Schicksalsschlägen wie Krieg und Gewalt leiden, die falschen Gedanken ins Universum hinausgeschickt haben. Auch „Me too“-Opfer. Auch eine Frau, die in Winfreys Show auftauchte, sagte, sie wolle ihren Brustkrebs mit der Kraft der Gedanken heilen – und bald darauf starb. Aber auf die Füße gefallen ist Oprah Winfrey ihre von ihr als christlich verstandene Erfolgspiritalität ebenso wenig wie die Tatsache, dass sie seit Jahr und Tag für die „Weight Watchers“ wirbt, ohne dauerhaft zu erschlinken. Sie habe Frieden mit ihrem Körper geschlossen, sagt sie einfach. Auch die Missbrauchsfälle an der von ihr in Südafrika gegründeten Vierzig-Millionen-Dollar-Schule, der „Oprah Winfrey Leadership Academy“ für handverlesene schwarze Mädchen, schaden ihr nicht.

Wer ihre Sendung „Super Soul Sunday“ einschaltet, die nach dem selbstgewählten Aus von „Oprah“ auf ihrem eigenen Sender „OWN“ läuft, sieht eine zur Seelenführerin mutierte Talkshow-Königin, die Leute wie Arianna Huffington von ihrem Weg nach ganz oben als spiritueller Reise voller „Aha-Momente“ erzählen lässt. Sendungsbewusstsein amalgamiert mit Selbstoptimierungsglaube und Selbsterlösungssehnsucht zum marktcompatiblen Heilsangebot für alle: Oprah Winfreys Version von „Yes you can“ und „Change you can believe in“. Jeder Mensch, sagt sie, könne werden, woran er glaubt. Ob sie an sich als Präsidentin glaubt? Sie hat das Geld. Sie hat keine politische Erfahrung. Sie kann ihre Anhänger bezaubern. Wie Trump. Für die einen ist das der Himmel auf Erden, für andere eine apokalyptische Vorstellung. URSULA SCHEER

Gegen Judenhass

Sechs Minuten Judenhass: Mit dem Hinweis auf die Palästinenser und Donald Trump geht es los. „Ihr seid nur Gäste“, brüllt der Geifernde. „Geht weg, geht weit weg.“ „Vier Millionen. Du kriegst auch deine Rechnung. In zehn Jahren lebst du nicht mehr. Du und deine ganze Familie. Niemand schützt euch. Ihr werdet alle in der Gaskammer landen, keiner will euch hier.“ Das muss sich Yorai Feinberg, Besitzer des Restaurants „Feinberg's“, kurz vor Weihnachten anhören, als er vor der Tür steht und eine Zigarette raucht. Er hat Glück, gerade fährt eine Polizeistreife vorbei. Die Beamten stellen den Morddrohungen ausstoßenden, sechzig Jahre alten Deutschen (ohne Migrationshintergrund) zur Rede. Er wird handgreiflich, muss auf die Wache, der Staatsanwalt ermittelt wegen Volksverhetzung und Widerstand gegen Polizeibeamte. Tags darauf hat Yorai Feinberg anderen Besuch – vom israelischen Botschafter Jeremy Issacharoff, von Vertretern der Jüdischen Gemeinde, dem Grünen-Politiker Volker Beck und der SPD-Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Sie bekunden ihre Solidarität anlässlich des Vorfalles, der weltweit Aufsehen erregt. Das Video der Hasstirade, das Feinbergs Freundin aufgenommen hat, läuft über Facebook und wird dort gelöscht, wofür sich der Netzwerkkonzern jedoch bald entschuldigt. Sicher fühlt sich Yorai Feinberg, der vor sechs Jahren nach Berlin kam, nicht mehr. Nicht wegen des Antisemitismus, der ihn auf der Straße anging. Er ist permanent Drohungen ausgesetzt. Ihm wurden Aufnahmen zugespielt, die zeigen, wie zwei arabische Jugendliche sich offenbar verabreden, einen Anschlag auf sein Restaurant zu verüben. Ein paar Tage zuvor haben Demonstranten (mit Migrationshintergrund) vor dem Brandenburger Tor Fahnen mit dem Davidstern verbrannt und jüdenfeindliche Slogans skandiert. So sieht er aus, der Judenhass in Deutschland. Der alte, der neue, der von rechts, von links, von Neonazis, Islamisten, Salon-Linken und „Israel-Kritikern“, von Alteingesessenen und Zugezogenen. Er reicht von antisemitischen Bemerkungen und Twitter-Einträgen zu Drohungen auf der Straße bis zu gewalttätigen Übergriffen auf einen Schüler oder den von drei Palästinensern verübten Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal, bei dem das Gericht erstaunlicherweise keine antisemitischen Motive erkennen konnte. Erstaunlich auch, wie schwierig es allein ist, antisemitische Straftaten zu quantifizieren. 681 solcher Taten hat das Bundesinnenministerium im ersten Halbjahr 2017 gezählt. Die Dunkelziffer dürfte viel höher liegen. Auf diese Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der Betroffenen und der Statistik, bei deren Erhebung es an der exakten Zuschreibung jüdenfeindlicher Taten mangelt, hat im vergangenen Jahr der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hingewiesen und gefordert, was auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, Innenminister Thomas de Maizière und die Grünen wollen: die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten. 32 Beauftragte finden sich zurzeit auf der Liste der Bundesregierung. Es gibt sogar immer noch einen für den Bonn-Berlin-Umzug. Den dreiuunddreißigsten Beauftragten sollte die sich anbahnende große Koalition dringend berufen. Es ist allerhöchste Zeit. miha.

London und Berlin

Gemeinsame Provenienzforschung

Das British Museum in London und die Technische Universität Berlin haben ein Grundratsabkommen über die Zusammenarbeit in der Provenienzforschung unterzeichnet. Auf Berliner Seite ist dabei das dreijährige Forschungsprojekt „translocations“ federführend, das die Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy aus Mitteln des Leibniz-Preises der Deutschen Forschungsgemeinschaft gegründet hat (F.A.Z. vom 22. September 2017). Das Projekt will eine Globalgeschichte des Kunststrahns und des Handels mit Kulturgütern entwerfen. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung sind eine Konferenz in Berlin im Herbst dieses Jahres sowie ein gemeinsames Forschungskolloquium für Promovierende und etablierte Wissenschaftler in Vorbereitung. Auch im Bereich der digital gestützten Forschungsarbeit wollen beide Institutionen künftig zusammenarbeiten. kil

Schneller Eddie

Gitarrist Edward Clarke gestorben

Der ehemalige Gitarrist der Band Motörhead ist tot. „Fast“ Eddie Clarke, bekannt für seine Riffs etwa bei den Liedern „Ace of Spades“ oder „Jailbait“, starb am Mittwoch im Alter von 67 Jahren. Der britische Musiker war das letzte noch lebende Mitglied der als klassisch geltenden Besetzung von Motörhead, die auf allen Alben von 1975 bis 1982 zusammenspielte. Nach seinem Ausstieg gründete Clarke die Rockgruppe Fastway, mit der er bis zuletzt aktiv war. Bereits 2015 war der ehemalige Motörhead-Schlagzeuger Phil Taylor gestorben, einen Monat später der Sänger und Bassist Lemmy Kilmister. F.A.Z.